

IHRA-Arbeitsdefinition von Antiziganismus

Antragsteller*innen:

Anna Staroselski, Lars Umanski, Ruben Gerczikow, Avital Grinberg Rjabova, Jakob German

Wir konstatieren, dass Antiziganismus und Vorurteile gegenüber Sint*izze und Romn*ja in breiten Teilen der Gesellschaft verankert sind.

Wir konstatieren, dass die mangelnde Anerkennung der Pojramos, dem Völkermord an den Sinti*zze und Roman*ja im Nationalsozialismus, zu einer erstarkten Diskriminierung beigetragen hat.

Wir konstatieren, dass der Antiziganismus in verschiedenen Formen und Handlungen auftritt und wir eine Definition adaptieren müssen, die der Diversität des Antiziganismus gerecht wird.

Wir konstatieren, dass die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA)* , die international anerkannteste und meist gebräuchliche Definition zum Antiziganismus ist.

Wir glauben, dass die politische Arbeit und Kampagnen der JSUD sich an der IHRA-Arbeitsdefinition von Antiziganismus orientieren sollte.

Wir glauben, dass die IHRA Definition nur mit all ihren Beispielen vollständig ist.

Wir fordern, dass die JSUD die IHRA-Arbeitsdefinition von Antiziganismus als verbindliche Referenz in ihrer Arbeit gegen Antiziganismus adaptiert.

Wir fordern, dass die JSUD sich dafür einsetzt, dass Länder, Kommunen, Universitäten, Studierendenvertretungen und sonstige einschlägige Institutionen die IHRA Arbeitsdefinition von Antiziganismus adaptieren.

*<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2403712/047b136ae362d582eac5ff3a249b7430/201007--stm-r-ihra-arbeitsdefinition-antiziganismus-deutsch-data.pdf>

Policy zur Teilhabe interessierter Jugendlicher ab 16 Jahren

Antragstellende: Klara Kohn, Katharina Yermak, Simona Purits, Avital Grinberg Rjabova

Wir stellen fest, dass das Angebot, sich politisch zu engagieren, Jugendlichen im jüdischen Kontext nicht ausreichend geboten wird.

Wir stellen fest, dass sowohl minderjährige Studierende, als auch volljährige Schüler*innen, das Angebot der JSUD nur gering nutzen können.

Wir stellen fest, dass der Altersdurchschnitt der studierenden JSUD-Aktiven bei unter 22 Jahren liegt.

Wir glauben, dass eine möglichst nahtlose Transition von jüdischen Jugendangeboten hin zu Studierendenangeboten der JSUD, vor allem im Jugendalter, den politischen Aktivismus fördert.

Wir glauben, dass minderjährige Jugendliche in politischen Belangen mündig sind und durchaus fähig sind die Arbeit der JSUD zu begreifen und somit auch mitzugestalten.

Wir glauben, dass eine frühestmögliche Partizipation effizient ist, da sie einerseits Nachwuchskräfte in der JSUD, Gemeinden und Regionalverbänden hervorbringt und andererseits die Politisierung von jüdischen Jugendlichen fördert.

Wir fordern, dass die JSUD sich bemüht ihre Aktivitäten zu bewerben, um die Sichtbarkeit bei Jugendveranstaltungen zu stärken und das Interesse an jüdischem politischen Aktivismus zu fördern.

Wir fordern, dass Minderjährige an JSUD Aktivitäten teilnehmen können, sofern es die Kooperationspartner*innen und Umstände erlauben.

Wir fordern, dass die Restplätze bei Veranstaltungen (z.B. Seminare) an interessierte Jugendliche abgegeben werden. Dabei sind minderjährige Jugendliche nur mit Erklärung der Eltern/Erziehungsberechtigten berechtigt diese zu besuchen. Die Eltern willigen mit der Erklärung ein, dass die Jugendlichen eigenverantwortlich für ihr Handeln aufkommen.

Wir fordern, dass bis zum 1.1.2021 ein*e Jugendbeauftragte*r vom aktuellen JSUD-Vorstand ernannt wird. Die Person steht Jugendlichen als auch Jugendorganisationen beratend zur Verfügung. Der Vorstand verpflichtet sich zu einer öffentlichen Bewerbung der*des Jugendbeauftragten*r.

Wir fordern, dass die JSUD weiterhin ausschließlich die Interessen der 18 bis 35-jährigen vertritt. Der Verband bietet Minderjährigen lediglich die Gelegenheit, den Übergang in die JSUD zu erleichtern und sich politisch und jüdisch zu engagieren. Stimmberechtigt sind weiterhin nur Jud*innen im Alter von 18 bis 35 Jahren.



Deutsche Juden statt Juden in Deutschland

Antragsteller: Joel Crepu im Namen des Bundes Jüdischer Studierender Baden e.V.

Präambel:

Die Selbstbezeichnungen jüdischer Vereine, Institutionen und Organisationen wandelte sich im Laufe der Geschichte mehrmals (z. B. mosaischen Glaubens, Israelitisch, deutsche Juden etc.). Dieser Prozess hing eng mit den Jüdinnen und Juden gewährten Rechten und deren Stellung in der deutschen Gesellschaft zusammen.

Im Hinblick dieser Dynamik sowie der Wandlung hin zu einer freiheitlichen und demokratischen deutschen Gesellschaft, soll die vorliegende Policy zu einer Diskussion über die Identität der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden anregen.

Policy:

Wir stellen fest, dass jüdisches Leben ein 1700 Jahre andauerndes Kontinuum in Deutschland darstellt.

Wir stellen fest, dass das NS-Unrechtsregime im Zuge der "Nürnberger Gesetze" die Reichsvertretung der Deutschen Juden in die Rechtsvereinigung der Juden in Deutschland zwangsüberführte. Nach dem nationalsozialistischen Verständnis standen Jüdinnen und Juden außerhalb der "Volksgemeinschaft" und konnten deshalb keine Deutschen sein.

Wir stellen fest, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg und der Schoa gegründete Interessenvertretung jüdischer Gemeinden bewusst Zentralrat der Juden in Deutschland statt Zentralrat der Deutschen Juden genannt wurde.

Wir stellen fest, dass die Selbstverständlichkeit eines deutschen Judentums durch den Zivilisationsbruch der Schoa nachhaltig beeinträchtigt wurde. Des Weiteren werden bis heute deutsche Jüdinnen und Juden von einem Teil der Gesellschaft nur als „Mit-Bürger“ und dementsprechend nicht integraler Teil der Gesellschaft betrachtet.

Wir stellen fest, dass jüdisches Leben in Deutschland von der nicht-jüdischen Bevölkerung häufig entweder als Relikt der Vergangenheit angesehen wird, oder im Kontext des Antisemitismus und Nahostkonflikts betrachtet wird. Dadurch entsteht eine verzerrte Sicht auf lebendiges deutsches Judentum, welches vielfältig und pluralistisch in seinen Lebensrealitäten ist.



Wir glauben, dass die unbeschreiblichen Gräueltaten des deutschen Nationalsozialisten bis zum heutigen Tag jüdisches Leben prägen, dieses aber nicht definieren. Die jüdische Identität basiert auf einer positiven Selbstidentifikation mit einem 3700 Jahre alten Kulturerbe.

Wir glauben, dass die große Mehrheit der jüngeren Generation deutscher Jüdinnen und Juden mit einem positiven und offenen Selbstverständnis sich in der Gesellschaft für soziale, gesellschaftliche und politische Belange einsetzt und nicht auf den sprichwörtlich gepackten Koffern sitzt. Diese Generation sieht sich als ein fester, aktiver sowie integraler Bestandteil der deutschen und europäischen Gesellschaft an.

Wir glauben, dass zu den Aufgaben der Jüdischen Studierendenunion Deutschland auch die Normalisierung jüdischer Bürgerinnen und Bürger als fester Bestandteil unserer Gesellschaft zählt. Dazu gehört insbesondere jüdisches Leben in allen Lebensbereichen präsenter zu gestalten.

Wir glauben, dass die Identität jedes Individuums im 21. Jahrhundert durch eine Vielzahl von Einflüssen geprägt ist und eine zutiefst persönliche Angelegenheit darstellt. Gleichzeitig ist jedoch die Zugehörigkeit jüdischen Lebens zur deutschen Gesellschaft der kollektive Ausdruck von Jüdinnen und Juden trotz des Holocaust in Deutschland zu leben, dorthin zu migrieren, ein aktives jüdisches Leben aufzubauen und ein Teil dieser Gesellschaft zu sein.

Wir fordern die JSUD auf durch Bildungsprogramme, Workshops und Seminare einen Raum für Dialog über die Identitätsfrage des deutschen Judentums zu schaffen. Hierbei soll ein breites Meinungsbild repräsentiert werden. Dies schließt ausdrücklich auch Meinungen und Ansichten ein, welche in Teilen oder im Ganzen konträr zu den in dieser Policy geäußerten Überzeugungen stehen.

Wir fordern die JSUD auf sich für die Umbenennung des Zentralrats der Juden in Deutschland K.d.ö.R. in den Zentralrat der deutschen Juden K.d.ö.R. einzusetzen. Dies soll nicht nur dem Relikt der Ausgrenzung jüdischer Bürgerinnen und Bürger durch das NS-Unrechtsregime ein Ende setzen („Juden in Deutschland“ statt deutsche Juden), sondern auch die heutige Realität einer deutsch-jüdischen Selbstverständlichkeit verkörpern.

Policy zur Inklusion von Menschen mit Behinderung

Antragstellende: Avital Grinberg Rjabova, Anna Staroselski, Lars Umanski, Ruben Gerczikow, Jakob German, Mischa Ushakov

Wir stellen fest, dass die Gesellschaft und dementsprechend auch Jüdische Gemeinschaft nicht von frei Ableism* sind.

Wir stellen fest, dass JSUD-Veranstaltungen nicht immer barrierefrei sind und die Kommunikation über Zugänglichkeit des JSUD-Angebots für Behinderte fehlt.

Wir stellen fest, dass die JSUD eine Inklusions-AG im Herbst 2019 gegründet hat, mit dem Ziel, Veranstaltungen, Plattformen und Arbeit so inklusiv und barrierefrei wie möglich zu gestalten. Diese AG hat bis zum heutigen Zeitpunkt bereits einige Konzepte zur inklusiveren Ausgestaltung der JSUD-Arbeit entwickelt. Sie wird unterstützt durch die bereits existierende Kooperation mit dem Programm Gesher der ZWST.

Wir glauben, dass der Grundsatz "Du sollst einen Tauben nicht verfluchen und einem Blinden kein Hindernis in den Weg stellen" (3. Buch Moses 19:14) auch als Orientierungspunkt für die JSUD im Umgang mit Behinderten fungiert.

Wir glauben, dass nur unter Einbeziehung aller ein pulsierendes, facettenreiches, sowie nachhaltiges jüdisches Leben gestaltet werden kann. Hierfür müssen marginalisierte Gruppen ermutigt werden und die Möglichkeit bekommen, durch den Abbau von Barrieren, jüdisches Leben aktiv mitzugestalten.

Wir fordern, dass die Website der JSUD bis zum 01.06.2021 barrierefrei unter Einbeziehung der Inklusions-AG ausgestaltet wird.

Wir fordern, dass in Anmeldeprozessen der JSUD Anmeldende ab sofort die Gelegenheit erhalten, besondere Bedürfnisse zu kommunizieren, um JSUD-eigene Veranstaltungen nach Möglichkeit behindertengerecht auszugestalten. Bei Kooperationsveranstaltungen soll sich die JSUD für Barrierefreiheit einsetzen.

Wir fordern, dass die JSUD sich für eine Sensibilisierung bei jüdischen Gemeinden und im jüdischen Mainstream einsetzt und dies konkret an die Gemeinden als Problem adressiert.

Wir fordern, dass die JSUD ihre Inklusionsarbeit öffentlich adressiert und mindestens zwei Awareness-Kampagnen jährlich durchführt.

*Ableism (able = fähig, to disable = unfähig): Ungerechtfertigte Ungleichbehandlung wegen einer körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung.